

BEWÄHRTE ASYLKRITISCHE KRAFT: DIE REPUBLIKANER


Bereits in der Vergangenheit haben wir Republikaner uns in Asylfragen deutlich positioniert. Während andere Parteien diese Problematik gezielt ausgeblendet haben oder sie nicht als relevantes Thema ansahen, war uns stets die Bedeutung bewusst. Deshalb finden Sie hier 8 unserer Kernforderungen:

- Bildung von Aufnahmezentren im Grenzbereich.
- Keine Verteilungen von Asylanten mit offensichtlich fehlendem Asylgrund oder eindeutiger Herkunft.
- Streichung aller einwanderungsmotivierenden Finanz- und Sachleistungen.
- Konsequente Abschiebung straffälliger und/oder abgelehnter Asylbewerber!
- Ausbau der Rücknahmeabkommen mit den Heimatländern und ggf. Streichung von Entwicklungshilfen, falls diese sich nicht im notwendigen Umfang zur Rücknahme bereit-erklären.
- Jeder Asylant und Flüchtling ist zu registrieren und eine umgehende Sicherheitsabfrage über Europol muss eingeholt werden.
- Schaffung von Abschiebegefängnissen in allen Bundesländern.
- Einziehung aller finanziellen Mittel über 200 Euro, damit sich die Asylbewerber an den Kosten beteiligen, die durch sie entstehen.

WEHRHAFTE REPUBLIKANER – ARGUMENTE FÜR DIE PFLICHTARMEE (VON L.FINTELMANN)

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich aktuell in einer akuten Bedrohungslage. Eine adäquate militärische Mindeststärke ist daher zwingend erforderlich. Daher sprechen sich die Republikaner für die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Besagte Pflicht wurde im Jahr 2011 durch den Gesetzgeber ausgesetzt, aber nicht generell abgeschafft. Im Verteidigungsfall greift diese Verpflichtung dann erneut. Zudem kann die Wehrpflicht auch jederzeit wiedereingeführt werden.

Die aktuelle Gefährdungslage ist nicht das einzige Argument für die Pflichtarmee. Durch den Dienst werden junge Menschen eng an ihre Nation gebunden, die Landesverteidigung wird zu ihrer persönlichen Aufgabe. Zudem wird die Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr ohne den Pflichtdienst erheblich erschwert. In den vergangenen Dekaden rekrutierte die Bundesarmee ihr Fachpersonal in hohem Umfang aus dem Pool der Wehrpflichtigen. Eine schlagkräftige Armee benötigt eine ausreichende Anzahl an Reservisten. Der Pflichtdienst schuf in der Vergangenheit kommunizierende Röhren, ein kontinuierlicher Fluss vom aktiven in den passiven Dienst war permanent gewährleistet.

Diese Überleitung funktioniert momentan nur noch sehr eingeschränkt. Im Ernstfall, wo es gilt, die Republik tapfer zu verteidigen, muss ein Aufwachsen der Streitkräfte schnellstmöglich erfolgen. Nur eine hohe Zahl an verfügbaren Wehrpflichtigen kann in dieser Situation eine zeitnahe und angemessene Mobilisierung ermöglichen. Zudem erzeugt die Pflichtarmee durch ihre robuste Präsenz eine nachhaltige Stabilität nach innen und nach außen. Zugleich verhindert der Allgemeindienst das Entstehen von Parallelstrukturen. Die Bundeswehr darf nicht Staat im Staate werden. Die aktuelle Verteidigungspolitik von Ministerin Ursula von der Leyen hat dazu geführt, dass die deutsche Armee nur noch bedingt wehrbereit ist.

Große Teile der militärischen Ausrüstung sind nur noch eingeschränkt funktionsfähig oder können im Ernstfall gar nicht mehr verwendet werden. Eine unbedingt erforderliche Neuausrüstung ist von Seiten der Ministerin nicht erfolgt. Zudem verhinderten vom Ministerium schlecht ausgehandelte Verträge Regressansprüche gegenüber Rüstungsunternehmen, die mangelhaftes Gerät an die deutsche Bundeswehr ausgeliefert hatten. Den Personalmangel der Bundeswehr versucht von der Leyen auch durch das verstärkte Anwerben von Migranten zu beheben. Dass die Bundeswehr als Söldnerarmee nicht funktioniert, belegt die Tatsache, dass im Jahr 2016 zwanzig Islamisten durch den militärischen Abschirmdienst enttarnt und daraufhin aus der Truppe entfernt wurden.

Unsere deutsche Armee muss zu alter Stärke finden, nur so können die Bundesbürger in ausreichendem Maße geschützt werden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht kann ein erster Baustein sein, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr auf 100% der Leistungsstärke heraufzufahren.

Deutschland REP-ORT

KURZ UND BÜNDIG

TAFELN LEIDEN UNTER ANSTURM DURCH FREMDE

In den vergangenen Jahren stieg in Deutschland die Armut und auch künftig wird keine Besserung erwartet. Vielmehr droht insbesondere für Alleinerziehende, Gering- und Durchschnittsverdiener eine spätere Altersarmut, berücksichtigt man, dass bereits jetzt rund 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finanzielle erhebliche Probleme haben und an der Armutsgrenze leben. Diese Entwicklung führt u.a. dazu, dass der Ansturm auf die Tafeln zunimmt und schon jetzt vielerorts zur völligen Überlastung des Personals führt. Hinzu kommen inzwischen vermehrt Asylanten und sogenannte Flüchtlinge, die sich umfangreich an den angebotenen Artikel bedienen, obwohl eine völlig ausreichende Versorgung erfolgt. Für die tatsächlich notleidende heimische Bevölkerung ist dieser Zustand nicht hinnehmbar, weshalb bereits jetzt die nordrhein-westfälischen Republikaner eine ausschließliche Vergabe nur an notleidende heimische Bevölkerung gefordert hat.

NRW HAT MIT DEN REPUBLIKANERN SOZIALPATRIOTEN AUF DEM STIMMZETTEL



Im Zuge der anstehenden Landtagswahlen starten die ersten Kreisverbände der Republikaner bereits in den Wahlkampf. So erfolgten bereits kurz nach Neujahr lokale Verteilungen, die durch Informationsstände

und Veranstaltungen ergänzt werden. Im weiteren Verlauf führen wir öffentliche Kundgebungen durch. Eine entsprechende Tour wurde schon geplant und wird schrittweise veröffentlicht.

Thematisch werden dabei Schwerpunkte in den Bereichen inneren Sicherheit, Masseneinwanderung und der Sozialpolitik gesetzt. Besonders im Ruhrgebiet, aber auch in vielen weiteren Kommunen, leiden die Bürger unter der Wirtschaftspolitik der Landesregierung. Während immer neue Maßnahmen für vermeintliche Flüchtlinge und Asylanten beschlossen werden, tritt keine Verbesserung für die eigene Bevölkerung ein.

Daher benötigt NRW nicht nur eine asylkritische Oppositionskraft, sondern auch Sozialpatrioten, denen das Wohl der eigenen Bürgerinnen und Bürgern noch am Herzen liegt.

JETZT REPUBLIKANER WERDEN

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder passiver Unterstützer. Sie sind als Republikaner dann Teil der Oppositionskraft, die sich unbeirrbar für die Interessen unserer Bevölkerung einsetzt und für den Erhalt unserer Identität und Kultur.



Einen Aufnahmeantrag können Sie online hier abrufen:

<http://www.rep.de/mitglied-werden>

Spenden für
Deutschland >



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin
V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeit

Unsere Veranstaltungen

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Politischer Stammtisch, am 22.01.2017, um 10.00 Uhr. Informationen unter www.rep-rheintal.de oder 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindewirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel :** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend. Einladung schriftlich über den Kreisverband: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Jeden Monat links- und rechtsrheinisch zwei Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter 0176/49997937 oder 0173/7736499.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Interessierte Bürger könnten sich über essen@rep.de melden.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Ab Februar 2017 führen die Republikaner jeden Monat eine Informationsveranstaltung durch.